

„Die Regierungschefs der EU-Länder verhandeln mit 35 afrikanischen Staaten über eine Begrenzung des Flüchtlingsstroms“, schreibt „Bild“ heute. „Im Gegenzug sollen sie bis zu 3,6 Milliarden Euro erhalten. Wer mehr Flüchtlinge zurücknimmt und Ausreisen stoppt, soll mehr Hilfen erhalten.“ Von **Oskar Lafontaine**.

Die wirklichen Ursachen der Flucht will die EU auch weiterhin nicht bekämpfen. Sonst würde sie „Freihandelsabkommen“ mit den afrikanischen Staaten stoppen, die eine Konkurrenz für europäische Konzerne durch afrikanische Betriebe verhindern, Afrika weiter in Abhängigkeit von Europa halten und die Armut vergrößern. Sonst würde sie den Verkauf von Waffen auch in afrikanische Krisenstaaten sofort beenden. Aber das würde ja bedeuten, dass europäische Konzerne weniger Profite machen.

Stattdessen sollen deshalb nun afrikanische Regierungen – darunter einige Diktatoren – Geld erhalten, wenn sie ihre eigene Bevölkerung an der Flucht nach Europa hindern und bereits Geflohene wieder bei sich aufnehmen, ohne dass sich an den Gründen für die Flucht irgendetwas geändert hätte. Willy Brandt hatte Recht: „Wo Hunger herrscht, ist auf die Dauer kein Friede“ und „Die reichen Nationen werden nicht reich bleiben, wenn die Armenhäuser der Menschheit wachsen.“

Zum Thema siehe auch: Jens Berger - [Afrikas Flüchtlinge, Afrikas Probleme und unsere Verantwortung](#).